

Brandenburg zukunftsfest machen!



Positionen der UVB zur Landtagswahl 2014
Erwartungen der Wirtschaft an die 6. Legislaturperiode

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)

Weichen für mehr Wachstum stellen	4
Industrielles Wachstum weiter stärken	7
Infrastruktur – Anschluss gesucht	9
Bezahlbare Energie sicherstellen	11
Finanzpolitische Herausforderungen anpacken	12
In Bildung und Fachkräftesicherung investieren	14
Beschäftigung steigern	18
Gesundheitsversorgung zukunftsfähig ausrichten	20
Impressum	22



Brandenburg zukunftsfest machen!

Brandenburg steht vor einer neuen Wahlperiode. Am 14. September werden die Brandenburgischen Bürger ihr Parlament für die nächsten fünf Jahre neu wählen. Mit dieser Abstimmung steht das Land vor einer besonderen Legislaturperiode, denn die nächsten Jahre stehen zum letzten Mal unter den Bedingungen des „Aufbau Ost“ im klassischen Sinn. Zum Ende dieses Jahrzehnts laufen die Mittel aus dem Solidarpakt aus und die Schuldenbremse verpflichtet auch in konjunkturell schwierigeren Zeiten zum dauerhaften Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung. Gleichzeitig ist unsicher, ob Brandenburg über die EU-Kohäsionsförderung für die Förderperiode 2014 – 2020 hinaus noch Mittel erhalten wird. Schließlich wird auch der Länderfinanzausgleich neu geregelt.

Diese veränderten Vorzeichen werden einen erheblichen Einfluss auf den Landeshaushalt Brandenburgs haben. Ab 2020 beginnt eine Normalität, in der das Bundesland Brandenburg die anstehenden Aufgaben überwiegend aus eigener finanzieller Kraft meistern muss. Deshalb müssen bereits in dieser Wahlperiode die Weichen so gestellt werden, dass das Land langfristig auf eigenen Füßen stehen und Herausforderungen wie den Demografischen Wandel, die Sicherung des Fachkräftebedarfs oder die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in den peripheren Regionen des Landes bewältigen kann.

Diese einschneidenden Veränderungen im Blick hat die Wirtschaft ihre Erwartungen an die nächste Landesregierung in dem vorliegenden Positionspapier formuliert. Ziel muss es sein, dass die neue Brandenburger Landesregierung die Weichen für Wachstum, Beschäftigung, Bildung und Infrastruktur weit über die kommende Legislaturperiode hinaus stellt.

Dr. Udo Niehage
Der Präsident

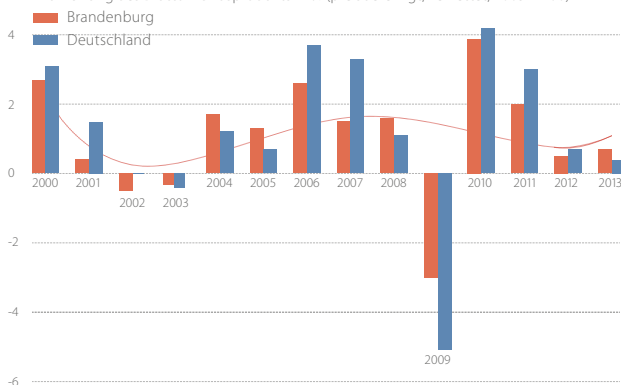
Christian Amsinck
Der Hauptgeschäftsführer

Weichen für mehr Wachstum stellen

Brandenburg kommt bei der Wirtschaftsentwicklung voran. Die Wirtschaftsleistung des Landes steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung nimmt zu und die Entwicklung der Innovationscluster zur besseren Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie zur Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen schreitet voran. Dennoch ist das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gegenwärtig nicht ausreichend, um die Wohlstandslücke zum bundesdeutschen Durchschnitt zu schließen.

Brandenburgisches Wachstumstempo zu gering

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in % (preisbereinigt, verkettet, 2005 = 100)



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Brandenburg muss deshalb die Weichen für mehr Wachstum stellen. Die neue Wahlperiode ist dabei eine besondere Wahlperiode für Brandenburg. Denn die neue Landesregierung wird Entscheidungen treffen müssen, die weit über die nächsten fünf Jahre hinaus reichen. Einige wichtige Indikatoren zeigen, vor welchen großen Herausforderungen das Land steht und welche Ziele sich die neue Landesregierung setzen muss.

Brandenburg belegt in einigen Dynamikrankings zur wirtschaftlichen Entwicklung vordere Plätze. Im vergangenen Jahr konnte die märkische Wirtschaft mit einem Zuwachs von 0,7 Prozent stärker zulegen als der Bundesdurchschnitt (+0,4 Prozent). In längerfristiger Betrachtung liegen die Wachstumsraten der realen Wirtschaftsleistung jedoch meist unter dem Bundesdurchschnitt. Das Land kann daher nur mit längerfristig überdurchschnittlichem Wachstum aufholen.

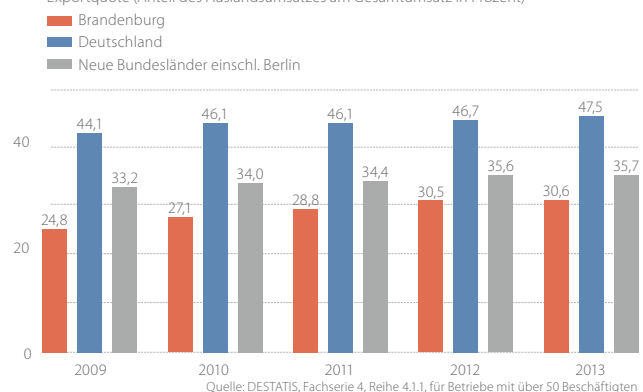
25 Jahre nach dem Mauerfall liegt die Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen bei 84 Prozent des Bundesdurchschnitts. Ziel muss es sein, diese Lücke durch eine dauerhaft überdurchschnittliche Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung in der nächsten Legislaturperiode weiter zu schließen und das BIP je Erwerbstätigen auf 89 Prozent zu erhöhen.

Brandenburg muss internationaler werden und die Exporte steigern

Ein Schlüssel für mehr Wachstum liegt im Exportgeschäft. Die Exportquote ist trotz eines Zuwachses von 5 Prozentpunkten zwischen 2009 und 2013 auf 30 Prozent vergleichsweise

Exporte - noch Luft nach oben

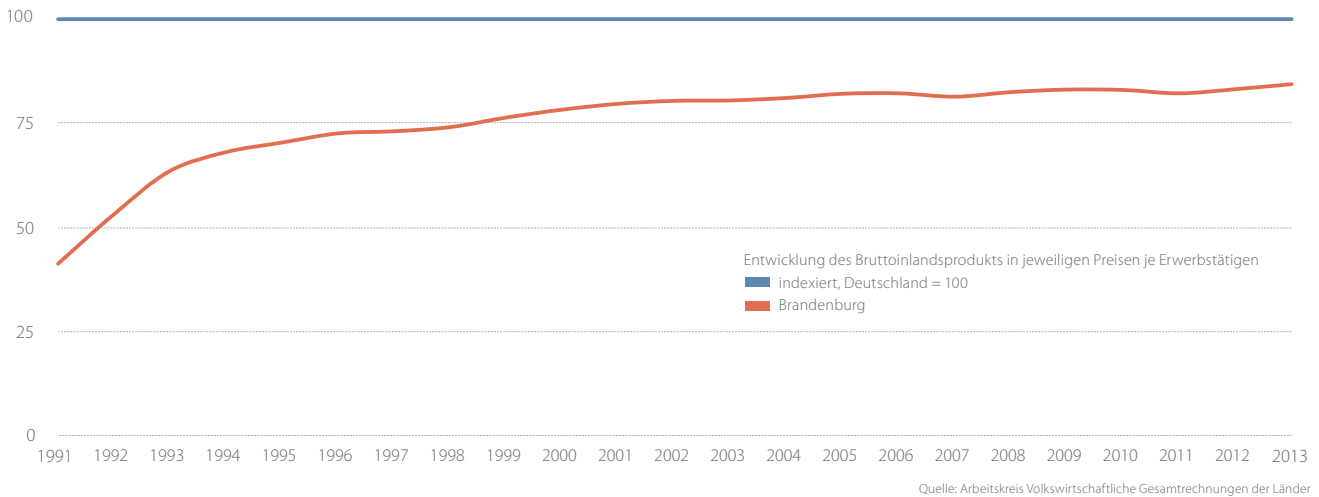
Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Prozent)



Quelle: DESTATIS, Fachserie 4, Reihe 4.1.1, für Betriebe mit über 50 Beschäftigten

Entwicklung der Exportquote von Deutschland, den neuen Bundesländern und Brandenburg im Vergleich

Brandenburgs Wirtschaftsleistung holt zu langsam auf



gering. Sie liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 48 Prozent und dem Nachbarland Berlin mit 54 Prozent. Durch die intensive Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte sollte die Exportquote in den nächsten fünf Jahren auf eine Zielmarke von 40 Prozent gesteigert werden.

Brandenburg muss eine breitere industrielle Basis schaffen

Brandenburg braucht mehr Industrie. Gemessen an der gesamten Bruttowertschöpfung beträgt der Anteil der Industrie rund 14 Prozent. Das ist verglichen mit dem Bundesdurchschnitt von 22 Prozent zu wenig. Jeder Arbeitsplatz in der Industrie induziert weitere Beschäftigung in industrienahen, oft anspruchsvollen und hochwertigen Dienstleistungsbereichen. Die Industrie liefert zudem Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen und Trends, zum Beispiel in den Bereichen Mobilität, Energie, Umweltschutztechnologien, Klimawandel, Gesundheit, Digitalisierung oder Urbanisierung. Ziel muss es sein, die industrielle Wertschöpfung in den kommenden fünf Jahren auf insgesamt 17 Prozent zu erhöhen, um das industrielle Potenzial im Land Brandenburg weiterzuentwickeln und damit auch die Wachstumskräfte in anderen Branchen zu beleben.

Brandenburg muss die positive Beschäftigungsentwicklung fortsetzen

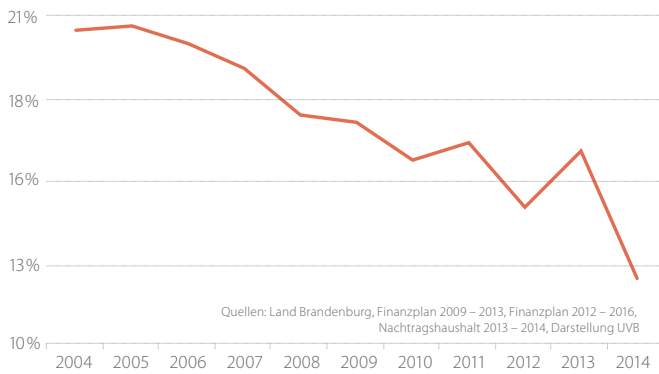
Die bisherigen Erfolge am brandenburgischen Arbeitsmarkt sind unübersehbar. Von 2009 bis 2013 ist die Zahl der sozial-

versicherungspflichtig Beschäftigten um über 32.000 auf 770.400 angestiegen. Dies hat zur deutlichen Entlastung am Arbeitsmarkt beigetragen.

Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 33.000 auf 132.300 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote sank von 12,3 Prozent auf 9,9 Prozent. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit trotz dieser erfreulichen Fortschritte insgesamt noch zu hoch. Ziel sollte es sein, die Arbeitslosenquote um weitere 2,4 Prozentpunkte zu senken und bis 2019 durch einen weiteren Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 30.000 zu erreichen.

Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Hierzu muss das Land Brandenburg den Kurs der Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen, wie dies zum Beispiel in den Bereichen Logistik und Luft- und Raumfahrt erfolgreich gelungen ist, beibehalten. Weitere Wachstumsimpulse können aus dem Tourismus, dem Bau und dem Handwerk generiert werden. Auch Unterstützungsmaßnahmen für die bereits ansässigen Unternehmen müssen unbürokratisch fortgesetzt werden. Zusätzlich profitiert Brandenburg durch die ausgeprägte Pendlerverflechtung mit Berlin besonders von der guten Wirtschaftsentwicklung in der Hauptstadt. Die Weiterentwicklung der Synergien aus der länderübergreifenden Zusammenarbeit muss deshalb Priorität haben. Dazu gehört zum Beispiel die Schaffung eines gemeinsamen Ausbildungsmarkts zur Nachwuchssicherung.

Investitionsquote in Brandenburg stark rückläufig



Brandenburg muss sich mit Berlin als Hauptstadtregion weiterentwickeln

Brandenburg und Berlin bilden für die Unternehmen und ihre Beschäftigten längst eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion. Die Berliner und Brandenburger erleben die Region als eine Einheit. Immer mehr Brandenburger pendeln beruflich nach Berlin und auch in umgekehrter Richtung steigt die Zahl. Diese Entwicklung entlastet den brandenburgischen Arbeitsmarkt deutlich.

Die Herausforderungen des Demografischen Wandels sowie die zukünftig deutlich engeren finanziellen Spielräume machen weitere intensive Kooperationsschritte notwendig, um Synergien zwischen den beiden Ländern noch besser

zu nutzen und Potenziale voll ausschöpfen zu können. Bestehende administrative Hürden müssen identifiziert und beseitigt werden. Dies gilt vor allem für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Schul- und Hochschulpolitik sowie Gesundheitsversorgung. Wichtige erfolgreiche Beispiele waren vor einigen Jahren die Zusammenlegung von Landeseinrichtungen wie die der Statistikämter oder der Arbeitsgerichtsbarkeit sowie die Weichenstellungen für eine Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik mit der Etablierung von fünf länderübergreifenden Clustern. Der Fortschrittsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom März 2014 attestiert indes, dass ein inzwischen „nachlassendes Interesse an der Berlin-Brandenburg-Thematik nicht zu verkennen“ sei und „unterschiedliche Strukturen und Gegebenheiten, der Schutz der jeweiligen Einzelinteressen und der dadurch geprägte Blickwinkel der Handelnden“ zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Die beiden Länder müssen wieder Kurs aufeinander nehmen und systematisch die gemeinsamen Perspektiven und Potenziale in der Zusammenarbeit ausschöpfen. Gemeinsames Handeln ist in vielen entscheidenden Feldern die Grundlage einer erfolgreichen Entwicklung. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Schaffung eines gemeinsamen Ausbildungsmarkts Brandenburgs mit Berlin, um in der Ausbildungsplatzvermittlung Nachfrage und Angebot länderübergreifend enger miteinander verbinden zu können und so für eine erfolgreichere Nachwuchssicherung zu sorgen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KENNZIFFERN	ZIELE			FORDERUNGEN DER UVB
	2009	2013	2019/2020	
BIP je Erwerbstätigen (Deutschland = 100 %) ¹	83 % 48.847 €	84 % BB 55.229 € D 65.429 €	89 % 58.500 €	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen um einen Prozentpunkt jährlich steigern durch - überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum - breitere industrielle Basis
Industrielle Wertschöpfung (Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung) ²	12,7 %	13,9 %	17,0 %	Anteil der industriellen Wertschöpfung erhöhen durch - Steigerung des industriellen Potentials und damit - Belebung der Wachstumskräfte in anderen Branchen
Exportquote (Anteil Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz) ³	25 %	31 %	40 %	Exportquote weiter steigern durch - intensive Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte
Investitionsquote (Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben) ⁴	17,6 %	15,7 %	16 %	Investitionsquote stabilisieren durch Priorität für: - Investitionen in die Bildungsinfrastruktur - Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur



Industrielles Wachstum weiter stärken

Die Sicherung und der weitere Ausbau der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sind für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg von herausragender Bedeutung. Industrielle Wettbewerbsfähigkeit ist dabei untrennbar verbunden mit Innovationsfähigkeit und einem leistungsfähigen Zusammenspiel von Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und der Wissenschaft. Deshalb hat die UVB die Bemühungen des Landes zur Stärkung der Industrie, wie beispielsweise die erste brandenburgische Industriekonferenz 2013, aktiv unterstützt.

Industrielle Basis und Wertschöpfung stärken

Die industrielle Basis in Brandenburg hat sich in den zurückliegenden Jahren verbreitert, ist aber im Vergleich mit anderen Standorten weiterhin zu schmal. Der industrielle Wertschöpfungsanteil liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Ziel muss seine Steigerung in den nächsten fünf Jahren auf 17 Prozent sein. Die konsequente Weiterentwicklung attraktiver Rahmenbedingungen für die Industrie muss deshalb hohe Priorität haben. Dazu gehören die Umsetzung und die kontinuierliche Weiterentwicklung der länderübergreifenden Clusterstrategie sowie der clusterbezogenen Masterpläne. Die Nutzung von Synergien mit dem Land Berlin müssen dabei weiter ausgebaut werden. Ein positives Beispiel ist die erfolgreiche gemeinsame Bewerbung der beiden Länder Berlin und Brandenburg als Internationales Schaufenster für Elektromobilität im Wettbewerb des Bundes.

Exportfähigkeit erhöhen und Internationalisierung der Industrie beschleunigen

Produkte „Made in Brandenburg“ sind weltweit gefragt. In den vergangenen fünf Jahren konnte die märkische Industrie die Exportquote merklich steigern. Die Exportquoten von rund 48 Prozent im Bundesdurchschnitt und von deutlich über 50 Prozent in Berlin verdeutlichen zugleich, dass Brandenburg die Internationalisierung in den nächsten Jahren erheblich beschleunigen muss, um zukünftig eine stärkere Beteiligung an den globalen Wachstumsmärkten und einer anziehenden Weltkonjunktur zu erreichen. Ziel sollte eine Exportquote von 40 Prozent zum Ende der Legislaturperiode sein. Wichtige Maßnahmen dazu sind die Erweiterung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die Unterstützung von Unternehmen bei der Markterschließung, Messebeteiligungen, Netzwerke und Kooperationen, die Einbindung in internationale Organisationen, Fremdsprachenkenntnisse

Industrie und Innovation

und die interkulturelle Kompetenz. Auch die internationale Mobilität muss verbessert und die Anziehungskraft des Landes für Investitionen und Fachkräfte aus dem Ausland erhöht werden. Die Handlungsfelder und Instrumente der ressortübergreifend entwickelten Internationalisierungsstrategie des Landes müssen mit konkreten, thematischen Strategien weiterentwickelt werden.

Sichtbarkeit der Industrie erhöhen

Mobilität, Energie, Klimaschutz, Alterung und Gesundheit sind Beispiele für gesellschaftliche Schlüsselthemen, die nur mit der Lösungskompetenz der Industrie in enger Kooperation mit der Wissenschaft gestaltet werden können. Die Industrie bietet wertschöpfungsstarke, spannende und attraktive Arbeitsplätze. Nicht zuletzt entstehen mit jedem Industriearbeitsplatz weitere Arbeitsplätze in oft hochwertigen und anspruchsvollen Dienstleistungsbereichen. Beispielsweise wäre das Wachstum im Logistikbereich in Brandenburg ohne die Aufträge aus der Industrie so nicht möglich. Diese herausragende Rolle der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung und die Gesellschaft insgesamt muss noch sichtbarer werden. Der Aktionsplan ProIndustrie, die in Partnerschaft mit UVB und DGB ausgerichteten Industriekonferenzen Brandenburg und die Clusterkonferenzen tragen hierzu bei. Weitere Impulse müssen folgen, damit Brandenburg als Industriestandort bei Investoren und Fachkräften noch mehr Aufmerksamkeit und Interesse erzielt und seinen industriellen Wertschöpfungsanteil in den nächsten fünf Jahren auf 17 Prozent steigern kann.

Industrie- mit Innovationspolitik verzahnen und auf Zukunftsfelder ausrichten

Der Fokus der künftigen brandenburgischen Industriepolitik muss in der Innovation liegen. Nur mit einer innovativen und wertschöpfungsstarken Industrie kann Brandenburg als Wirtschaftsstandort im Vergleich zu anderen Bundesländern weiter aufholen. Die zentralen innovationsgetriebenen Entwicklungen in der Industrie müssen gezielt als Wettbewerbsvorteil für Brandenburg nutzbar gemacht werden: Dazu gehört unter anderem die Digitalisierung der Industrie unter dem Stichwort Industrie 4.0, der Trend zur hybriden Wertschöpfung, bei der Produktion und Dienstleistung zusammenwachsen, sowie die zunehmende Wissensbasiertheit der Produktion, die neue Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter stellt.

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen hier ihren Beitrag leisten. Gemeinsam mit Berlin verfügt Brandenburg über die höchste Forschungsdichte in Deutschland und belegt bei der Patentintensität (Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner) Platz 4. Die Umsetzung der Forschungsergebnisse in neue marktfähige Produkte und Prozesse muss aber noch besser gelingen.

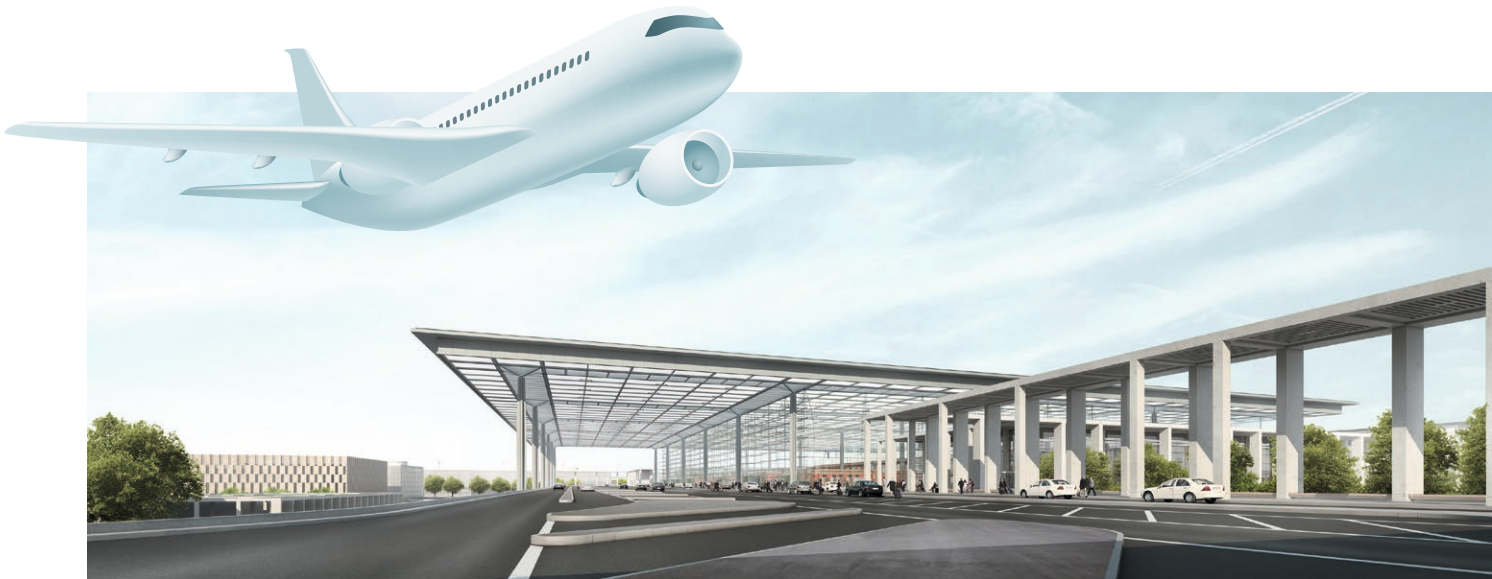
Innovationspolitik muss als ressortübergreifende Aufgabe gelebt werden

Die Hochschulentwicklungsplanung sieht vor, die Hochschulen und Universitäten in Brandenburg zu Innovationsmotoren im Themenfeld „Wissens- und Technologietransfer“ zu machen. Das kann aber nur gelingen, wenn der Hochschulentwicklungsplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, auch mit Planungen im Ministerium für Wirtschafts- und Europaangelegenheiten (zum Beispiel Aktionsplan ProIndustrie oder WTT-Konzept) sowie den Überlegungen im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) abgestimmt wird. Eine zentrale Steuerungsfunktion müsste hier die Staatskanzlei übernehmen. Dabei muss aber auch die Hauptstadtregion als Ganzes mitgedacht werden. Die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg muss zu einer gemeinsamen Innovationsregion Berlin-Brandenburg geführt werden.

Innovationsfähigkeit der Unternehmen unterstützen

Das zentrale Ziel der Innovationspolitik muss die Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sein. Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen kann durch drei Elemente unterstützt werden:

- **Transparenz im Wissenschaftssystem schaffen:** Information und Kontaktabahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessern
- **Rahmenbedingungen und Transferstruktur optimieren:** zum Beispiel mit niedrigschwelligen Angeboten wie dem Transferbonus, Brandenburg-Stipendium und Innovationsassistenten-Programm
- **Konkrete Transfervorhaben initiieren und begleiten:** unter anderem durch die ZAB, Netzwerke und Transferstellen



Anschluss gesucht

Straßen, ÖPNV, Fluginfrastruktur, Wasserwege, Breitbandverbindungen – in allen Bereichen muss Brandenburg für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort mehr investieren.

Geplanten Hauptstadtflughafen BER schnell an den Start bringen

Steigendes Passagieraufkommen ist die Grundlage eines wirtschaftlich erfolgreichen Flughafens. Seit über 20 Jahren wächst das Passagieraufkommen in der Region um durchschnittlich 5,6 Prozent pro Jahr. Verglichen mit den nationalen Wettbewerbern Frankfurt, München und Düsseldorf entwickelt sich der Flugverkehr in der Region damit sehr viel dynamischer und verdeutlicht auch einen nationalen und internationalen Attraktivitäts- und Bedeutungszuwachs der Region.

Vor diesem Hintergrund benötigt die Region für die weitere Entwicklung dringend einen leistungsfähigen BER, denn die herkömmliche Flughafeninfrastruktur operiert zum Teil schon über der Kapazitätsgrenze. Nur mit einem funktionsfähigen Flughafen BER kann die Hauptstadtregion in den nächsten Jahren ihr Wachstumspotenzial voll ausschöpfen. Deswegen ist die schnellstmögliche Eröffnung des BER alternativlos und die Bekanntgabe eines belastbaren Eröffnungstermins dringend erforderlich. Die Wirtschaft benötigt Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Höchstrichterlich bestätigte Entscheidungen zum Nachtflugverbot und zu den Tagesrandzeiten dürfen nicht nachträglich immer wieder in Frage gestellt werden. Die durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigte Regelung stellt bereits einen Ausgleich zwischen Anwohnerinteressen und Wirtschaftlichkeitserfordernissen des Flughafens dar. Die Nutzung der Tagesrandzeiten ist insbesondere für die Entwicklung des BER zu einem internationalen Drehkreuz von besonderer Bedeutung. Deswegen dürfen die Flugzeiten nicht weiter eingeschränkt werden. Auf lange Sicht profitiert gerade Brandenburg von der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafenumfelds.

Brandenburgs Breitbandnetz schneller ausbauen

Die flächendeckende Breitbandversorgung und die damit verbundenen Dienste und Anwendungen wie E-Business, Telemedizin, E-Learning, Smart Metering und Cloud Computing durchdringen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Breitbandversorgung entwickelt sich zu einem zunehmend bedeutenden Standortfaktor und ist von zentraler Bedeutung für das Wachstumspotenzial insbeson-

Infrastruktur

dere der ländlichen Gebiete. Schnelle Internetverbindungen gehören heute für Firmen zur erforderlichen Infrastruktur. Allerdings stehen gegenwärtig in drei Viertel aller Gewerbeflächen in Brandenburg Bandbreiten von weniger als 16 Mbit pro Sekunde zur Verfügung. Damit wird der schleppende Breitbandausbau in Brandenburg zunehmend zu einem Entwicklungs- und Investitionshindernis. Ziel muss es deshalb sein, in allen Gewerbegebieten des Landes bis 2019 mindestens 16 Mbit/Sekunde sicherzustellen. Auch etwa 40 Prozent aller privaten Haushalte in Brandenburg gelten hinsichtlich der Anbindung an schnelles Internet als unterversorgt. Dies unterstreicht die Dringlichkeit eines schnellen Ausbaus des Breitbandnetzes auch in der Fläche. Der Breitbandausbau muss über das von der Landesregierung beschlossene Programm ‚Entwicklungskonzept Brandenburg Glasfaser 2020‘ hinaus beschleunigt werden. Ein erst im Jahr 2020 abgeschlossener Netzausbau käme vor dem Hintergrund einer rasanten digitalen Entwicklung und des damit einhergehenden größeren Bandbreitenbedarfs deutlich zu spät.

Straßen- und Brückensanierung in Angriff nehmen

Mobilität bildet das Rückgrat moderner Gesellschaften und erfolgreicher Industrienationen. Voraussetzung von Mobilität ist eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur. Dennoch wird die vorhandene Verkehrsinfrastruktur nur unzureichend erhalten. Seit Jahren geht Infrastruktur verloren, weil der Verlust durch Verschleiß die Instandhaltungsinvestitionen übersteigt. Das Ergebnis ist eine sich qualitativ verschlechternde Verkehrsinfrastruktur. Nur noch die Hälfte der Landesstraßen in Brandenburg und nur ein Drittel der Kommunalstraßen befinden sich nach Untersuchungen des Landesbetriebs Straßenwesen in einem guten Zustand.

Die Mittel für den Erhalt sowie den Um- und Ausbau von Brandenburgischen Landesstraßen sind in den letzten vier

Jahren massiv gekürzt worden von 80,1 Mio. Euro 2009 auf 17,7 Mio. Euro im Jahr 2013. Um die vorhandene Substanz zu erhalten und den Sanierungsstau aufzulösen wären mindestens 80 Mio. Euro pro Jahr erforderlich. Mit der Praxis, viele Landes- und Kreisstraßen an die Kommunen abzutreten, verschlechtert sich die oftmals ohnehin schon angespannte Haushaltslage vieler Kommunen zusätzlich. Das Land Brandenburg muss beim Erhalt der Infrastruktur gegensteuern und den Landesetat zum Erhalt der Straßeninfrastruktur deutlich aufstocken, zum Beispiel mit einem „Sofortprogramm Straßenbau“. Aufschieben kostet mehr, denn eine aufwendige Sanierung ist deutlich teurer als die kontinuierliche Instandhaltung.

Mit verbesserter Mobilität die Menschen in Beschäftigung bringen

Viele Brandenburger pendeln zu Arbeitsplätzen in der Hauptstadt. 2013 pendelten täglich rund 220.000 Brandenburger zu ihrem Arbeitsplatz nach Berlin. Auch deswegen ist die Arbeitslosigkeit in den berlinnahen Regionen deutlich niedriger als in den berlinfernen Regionen. Der Anteil der brandenburgischen Arbeitssuchenden, die 2013 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin aufgenommen haben, ist in berlinnahen Kreisen wie Barnim oder Oberhavel mit über 27 Prozent signifikant höher als in berlinfernen Kreisen wie der Uckermark mit nur 4,3 Prozent. Insofern gibt es in Brandenburg einen positiven Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Berlinnähe.

Vor diesem Hintergrund müssen die Verkehrsanbindungen zum Beispiel durch den Ausbau der Zug- oder Busverbindungen der berlinfernen Kreise an die Beschäftigungsorte im Ballungsraum Berlin verbessert werden. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit in den peripheren Regionen geleistet werden.

INFRASTRUKTUR-KENNZIFFERN		ZIELE	FORDERUNGEN DER UVB	
	2009	2013	2019/2020	
Breitband ⁵	84% (1 Mbit/s)	60% (6 Mbit/s)	100% (>16 Mbit/s)	Brandenburg braucht eine leistungsfähige Netzinfrastruktur: - mehr als 16 Mbit/s Bandbreite für alle Gewerbegebiete
Straßenbauinstandhaltung (in Mio. €) ⁶	80,1	17,7	80	Brandenburg benötigt eine leistungsfähige Infrastruktur: - Mittel für den Erhalt, Um- und Ausbau von Landesstraßen mindestens auf das Niveau von 2009 erhöhen

Bezahlbare Energie sicherstellen

Bereits heute zahlt ein durchschnittliches Industrieunternehmen rund 20 Prozent mehr für den Strom als der EU-Wettbewerber. Auch die brandenburgischen Unternehmen sind von der Strompreisentwicklung der letzten Jahre stark betroffen. Ziel einer industriefreundlichen Energiepolitik muss es deshalb sein, die industriellen Stromkosten auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau zu halten.



Deshalb ist es richtig, für die stromintensive und unter internationalem Wettbewerbsdruck stehende Industrie die Ausnahmeregelungen im neuen EEG beizubehalten. Die Landesregierung muss sich für diese Ausnahmeregelung der stromintensiven und im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie einsetzen, damit die betroffenen brandenburgischen Unternehmen Planungssicherheit erhalten.

EEG-Reform kostenneutral umsetzen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat als Markteinführungsmodell den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland maßgeblich vorangetrieben. Inzwischen sind aber die politischen Zielvorgaben so gut wie erfüllt. Deshalb muss mit der Novellierung des EEG der Kostenanstieg der EEG-Umlage gestoppt werden. Denn die Kostensteigerungen der letzten Jahre gehen primär von der steigenden Erneuerbaren-Energien-Umlage aus. Benötigt wird deshalb eine Reform des EEG mit dem Ziel einer wirksamen Kostenbegrenzung.

Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Erfolg der Energiewende ist ein bundesweit abgestimmter Netzausbauplan erforderlich. Darin sollte der weitere Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen mit dem Netzausbau

abgestimmt werden. Für die Umlage der Gesamtkosten des Netzausbaus muss eine bundeseinheitliche Lösung gefunden werden.

Energiemix aus Braunkohle und Erneuerbaren Energien beibehalten

Brandenburg ist ein Energieland. Der eingeschlagene Weg eines Energiemix aus fossiler Braunkohlestromerzeugung und Erneuerbaren Energien ist richtig und hat sich bewährt. Der Energiemix ist auch fester Bestandteil der „Energiestrategie 2030“, dem Leitszenario für die Entwicklung der Energiepolitik in Brandenburg bis 2030.

Die Lausitz ist die zweitgrößte Braunkohlelagerstätte in Deutschland und ein entscheidender Wirtschafts- und Wachstumsfaktor. Durch die Förderung der Braunkohle und die Sanierung der Tagebaue finden in der Region über 8.200 Menschen direkt und rund 35.000 indirekt Beschäftigung. Daher sind die Planungen zur Weiterführung des Tagebaus Welzow-Süd fortzuführen.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien ist Brandenburg deutschlandweit führend. 2012 hat das Land zum dritten Mal in Folge den „Leitstern für Erneuerbare Energien“ verliehen bekommen. Mit dem Ausbau sind in den letzten Jahren neue und zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstanden. Gleichzeitig kommt Brandenburg dem Ziel einer Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien immer näher. 45,5 Prozent des eigenen Bruttostromverbrauchs könnten bereits heute aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die führende Rolle des Landes Brandenburg im Bereich der Erneuerbaren Energien muss weiter ausgebaut werden.

Finanzen

Finanzpolitische Herausforderungen anpacken

Zu den größten Herausforderungen der neuen Landesregierung zählt, auch zukünftig ausreichende finanzpolitische Gestaltungsspielräume für die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Bis 2019 wird es drastische Einschnitte auf der Einnahmeseite des Landes Brandenburg geben.

Auf veränderte Einnahmesituation vorbereiten

Der Solidaripakt läuft 2019 aus, der Länderfinanzausgleich muss neu geregelt werden und ab 2020 greift zudem die Schuldenbremse. Schließlich läuft 2020 auch die aktuelle Förderung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) aus. 2014 trugen diese Einnahmen aus Länderfinanzausgleich, Solidaripakt und ESI-Fonds in Brandenburg rund 16 Prozent (rund 1,6 Mrd. Euro) zum Gesamthaushalt (rund 10 Mrd. Euro) bei. Damit Brandenburg unter den gegebenen Rahmenbedingungen der stark rückläufigen Einnahmen weiterhin handlungsfähig bleibt, müssen Konzepte zur Kompensation dieser Einnahmerückgänge und der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen entwickelt werden.

Verbindliche Lösungen für die Altschulden entwickeln

Die Gesamtverschuldung des Landes Brandenburg liegt bei rund 19 Mrd. Euro, also dem Doppelten des verfügbaren Landesbudgets. Deshalb gibt Brandenburg jährlich einen erheblichen Teil seines Haushalts für den Schuldendienst von jährlich rund 700 Mio. Euro aus. Um diese Zinsausgaben nicht noch weiter ansteigen zu lassen, muss der Konsolidierungskurs fortgesetzt und am Neuverschuldungsverzicht ab 2014 festgehalten werden.

Insgesamt reicht die Finanzkraft Brandenburgs bisher nicht aus, um die Verschuldung nachhaltig zu senken. Deshalb muss die neue Landesregierung gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern verbindliche Lösungen für die Rückführung der Altschulden entwickeln.

Öffentliche Investitionen nachhaltig stärken

Die Überprüfungen der laufenden Finanzplanungen zeigen, dass die Fortschritte der Haushaltskonsolidierung erheblich zu Lasten der notwendigen Investitionen in Bildung, Energie- oder Verkehrsinfrastruktur gehen. Nachdem Brandenburg seine Investitionsausgabenquote ausgehend von 15,7 Prozent im Jahr 2013 auf 12 Prozent in diesem Jahr gesenkt hatte, wird für 2016 eine Quote von nur noch 10,4 Prozent angestrebt.

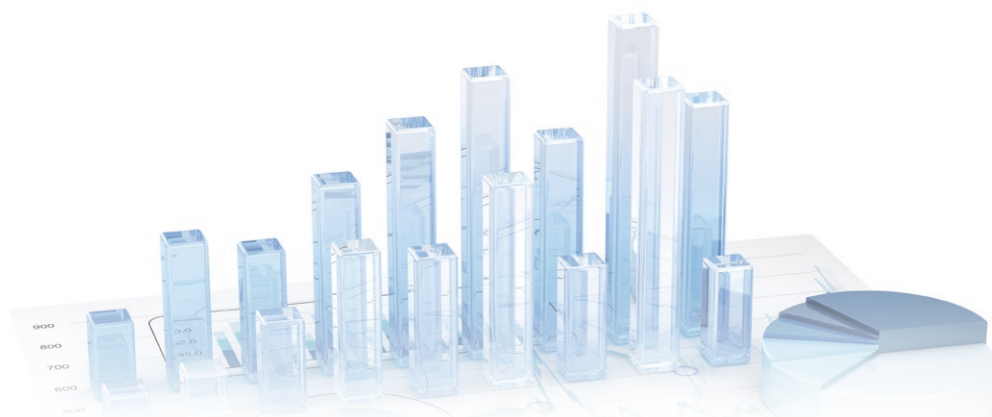
Aufgabe der neuen Landesregierung muss es daher sein, die Investitionsausgabenquote dauerhaft wieder auf 16 Prozent zu erhöhen (Beispiel Investitionsquote Sachsen 2013: 18,3 Prozent). Denn Investitionen sind die Voraussetzung für zukünftiges Wachstum und dürfen nicht zum Gegenstand kurzfristiger Einsparungsbemühungen gemacht werden.

Wachstum und Beschäftigung durch effiziente Förderpolitik verstärken

Mit den Mitteln der ESI-Fonds wird auch in der neuen Förderperiode 2014–2020 ein erheblicher Teil der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung in der Region umgesetzt. Diese von der EU geleistete Wirtschafts- und Arbeitsmarktstimulation hat hohen Stellenwert, weil die Finanzkraft des Landes Brandenburg alleine dieses nicht abbilden könnte.

Bis 2020 stehen für Brandenburg insgesamt mehr als zwei Mrd. Euro aus den ESI-Fonds bereit. Zum Vergleich: in der Förderperiode 2007–2013 erhielt Brandenburg mit 3,3 Mrd. Euro noch eine Milliarde mehr an Zuwendungen. Die UVB hat sich

Finanzen



daher im ESI-Begleitausschuss des Landes und in Fachkreisen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ziele Wachstum, Innovation und Beschäftigung im Zentrum des zukünftigen Förderkatalogs stehen. Denn nur mit einer Konzentration der verringerten Fördersumme auf diese Wirtschaftsziele lassen sich die größtmöglichen Effekte erzielen. Darüber hinaus

muss die neue Landesregierung künftig die Kofinanzierungsmittel auch in Zeiten konjunktureller Schwächephasen sicherstellen. Zudem sind eine Vereinfachung und der Abbau bürokratischer Hürden, insbesondere in den Antragsverfahren und bei Offenlegungs- und Nachweispflichten, erforderlich.

LANDESHAUSHALTS-KENNZIFFERN			ZIELE	FORDERUNGEN DER UVB
	2009	2013	2019/2020	
Gesamtverschuldung (in Mrd. €) ⁷	18,1*	19,3**	<19	Brandenburgs Gesamtschulden senken: - mit Bund und Ländern verbindliche Lösungen für den Altschuldenabbau entwickeln
Nettokreditaufnahme (in Mio. €) ⁸	107	330	0	Brandenburg darf keine neuen Schulden aufnehmen: - keine Nettokreditaufnahme mehr, sondern Abbau der Verschuldung wegen Schuldenbremse 2020
EINNAHMEN			ZIELE	FORDERUNGEN DER UVB
Länderfinanzausgleich (in Mio. €) ⁹	658	469	498***	Bis zum Ende der 6. Legislaturperiode müssen - die richtigen Weichen für eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen gestellt werden - dazu gehört auch eine Lösung für die Altschuldenfrage
Solidarpakt (in Mio. €) ¹⁰	1.362	938	0	2019 läuft der Solidarpakt aus.
Europäische Struktur- und Investitionsfonds (in Mio. €) ¹¹	457	457	314	2020 läuft die Förderung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) aus.
Steuereinnahmen (Mrd. €) ¹²	5,5	5,9	>5,9	Steuereinnahmen steigern durch - steigende Wirtschaftsleistung aufgrund attraktiver Rahmenbedingungen

* Land Brandenburg, Finanzplan 2009 – 2013;

** Land Brandenburg, Haushaltsplan 2013/2014, Land Brandenburg, Nachtragshaushalt 2013 – 2014

*** Berechnung UVB – lineare Fortführung der Finanzplanung 2012 – 2016 des Landes Brandenburg

Bildung und Fachkräftesicherung



In Bildung und Fachkräftesicherung investieren

Brandenburg steht vor großen demografischen Herausforderungen. Ein wichtiger Standortfaktor und zugleich wesentlicher Baustein der Fachkräftesicherung ist ein qualitativ hochwertiges Schulsystem mit gut erreichbaren Schulstandorten und mit ausreichend vorhandenen Fachlehrkräften.

Schul- und Bildungspolitik

Brandenburg muss sich zum Land der Talente entwickeln

Die Anzahl der Schulabgänger ohne einen Abschluss sollte auf einen Wert von 5 Prozent weiter reduziert werden. Die brandenburgischen Schulen müssen dabei jeden Schüler idealerweise so fördern, dass er den bestmöglichen Schulabschluss erlangen kann. So kann sich Brandenburg weiter zu einem Land der Talente entwickeln. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die MINT-Fächer gelegt werden, da diese die Grundlagen für zukunftsweisende Berufe herausbil-

den. Die hier bereits erkennbaren Stärken des Landes müssen durch gezielte MINT-Initiativen weiter gefördert werden.

Alle Schulabsolventen müssen ein realistisches Berufsziel haben

Bereits während der Schulzeit müssen Schüler durch individuelle Berufsorientierung auf den Übergang in eine Ausbildung oder in ein Studium vorbereitet werden. Idealerweise hat sich jeder Schulabsolvent bereits intensiv mit klaren und realistischen Berufszielen befasst. Dennoch haben 2012 in Brandenburg über 29 Prozent der Auszubildenden ihr Ausbildungsverhältnis im ersten Lehrjahr aufgelöst. Ziel muss es

Bildung und Fachkräftesicherung

sein, diese Quote in der kommenden Legislaturperiode auf das Bundesniveau von rund 24 Prozent zu senken. Voraussetzung dafür ist, dass an jeder weiterführenden Schule ein verbindliches Konzept zur Berufsorientierung mit einheitlichen, von der Landesregierung gesetzten Standards umgesetzt wird. Jeder Schüler sollte mithilfe einer Potenzialanalyse seine eigenen Stärken und Interessen kennen lernen und in darauf folgenden Betriebspraktika überprüfen können. Mit diesen Aufgaben dürfen Schulen nicht allein gelassen werden und müssen durch Fortbildungen und Beratungen unterstützt werden.

Netzwerk Zukunft zur Unterstützung der Berufsorientierung erhalten

In Brandenburg engagieren sich flächendeckend 16 lokale beziehungsweise regionale *SCHULEWIRTSCHAFT*-Arbeitskreise dafür, dass Schulen und Unternehmen miteinander kooperieren. Als wesentliche Akteure unterstützen die Arbeitskreise so erfolgreich die Umsetzung der Berufsorientierung vor Ort. Für den gegenseitigen Erfahrungsaustausch und für die Koordination der *SCHULEWIRTSCHAFT*-Arbeitskreise wurde der vom Ministerium für Bildung und von der Wirtschaft getragene Verein „Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg e.V.“ gegründet. Auch nach Auslaufen der Förderung durch den ESF muss eine dauerhafte Finanzierung des Vereins durch das Land und mit Unterstützung der Wirtschaft sichergestellt werden.

Jugendberufsagenturen zügig flächendeckend einrichten

Die Integration Jugendlicher, die weder Ausbildung noch Studium beginnen und nicht in eine Beschäftigung vermittelt werden konnten, soll durch die Bildung von regionalen Arbeitsbündnissen der Agentur für Arbeit, Jobcenter und den Trägern der Jugendhilfe unterstützt werden. Die neu einzurichtenden Jugendberufsagenturen sollen Jugendlichen Beratung aus einer Hand anbieten. Die konkrete Ausgestaltung der Kooperation als Jugendberufsagentur vor Ort richtet sich dabei an den regionalen Handlungserfordernissen aus. Die Jugendberufsagenturen sind insbesondere in jenen Städten leicht einzurichten, wo die Akteure bereits in einem Gebäude sitzen. Das Ziel ist es, mehr Jugendliche in duale Ausbildung zu vermitteln oder ihnen ein maßgeschneidertes Angebot der Berufsvorbereitung zu machen.

Dadurch kann die Jugendarbeitslosigkeit weiter gesenkt werden und dem Arbeitsmarkt stehen mehr gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung.

Gemeinsamen Ausbildungsmarkt Berlin-Brandenburg schaffen

Junge Menschen und ihr familiäres Umfeld sollten ein positives Image der dualen Ausbildung und die Gleichwertigkeit mit der akademischen Bildung verinnerlicht haben. Eine positive Einstellung gegenüber der dualen Ausbildung und eine durch gute Berufsorientierung getroffene Berufswahl sind wichtige Voraussetzungen für bessere Übergänge in das Erwerbsleben. Diese Botschaft muss allerdings auch in die Berliner Schulen getragen werden. Im Berliner Umland sind laut Angaben der Agentur für Arbeit 2013 rund 450 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben, während in Berlin unversorgte Bewerber noch einen Ausbildungsplatz suchten. Die Vermittlungsaktivitäten müssen daher intensiviert werden, da sich beide Länder diesen Zustand nicht leisten können. Brandenburg und Berlin müssen sich stärker miteinander abstimmen. Ein gemeinsamer Ausbildungsmarkt schafft für alle Akteure deutlich bessere Perspektiven und muss daher ein Ziel der neuen Landesregierung sein.

Berufsschullehrgänge der Brandenburger und Berliner Oberstufenzentren besser abstimmen – vollzeitschulische Ausbildung prüfen

Das Ziel eines gemeinsamen Ausbildungsmarkts umfasst auch das aufeinander abgestimmte Angebot von Berufsschulen innerhalb der Oberstufenzentren. Ein durchdachtes und ausgleichendes Angebot der Oberstufenzentren in der Hauptstadtregion ermöglicht Win-Win-Situationen: Manche Wege zur Berufsschule können für die Brandenburgischen Azubis verkürzt und manche Standorte durch Berliner Azubis besser ausgelastet werden. Voraussetzung dafür ist eine sorgfältige, gemeinsame Prüfung und Planung der bestehenden Angebote in beiden Bundesländern. Diese würden auch dafür sorgen, dass dem Fachlehrkräftemangel in den Berufsschulen beider Bundesländer gemeinsam entgegengewirkt wird.

Geprüft werden sollte auch, welche vollzeitschulischen Ausbildungsgänge an den Oberstufenzentren in Brandenburg eingestellt werden können, wenn gleichzeitig betriebliche Ausbildungsplätze in solchen Berufen unbesetzt bleiben

Bildung und Fachkräftesicherung

oder Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge erkennbar keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Frei werdende Personalkapazitäten könnten den Berufsschullehrermangel in der dualen Ausbildung ausgleichen.

Ausgenommen sind natürlich Bildungsgänge, die nur vollzeitschulisch nach Landesrecht durchführbar sind (z.B. Sozialassistenten, Erzieher). Aber auch in solchen Berufen müssen Platzkontingente an die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes angepasst sein.

Hochschulpolitik

Ausstattung der Hochschulen verbessern

Die brandenburgischen Hochschulen sind – auch mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung – zu einem wichtigen Standortfaktor für die regionale Wirtschaft geworden. Laut einer Studie des Stifterverbands haben die Hochschulen in der Hauptstadtregion einen hohen Arbeitmarkteffekt und tragen so zu einem Abbau der Arbeitslosenquote bei.

Vor diesem Hintergrund ist der Hochschuletat in Brandenburg zu gering, zumal die Hochschulen mit rund 52.000 Studierenden ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben. Relativ zum Gesamthaushalt bildet Brandenburg bundesweit das Schlusslicht. Auch bei den Ausgaben für Universitätsstudierende belegt Brandenburg den letzten Platz, bei den Ausgaben für Professoren Platz 15. Das hat Konsequenzen auf den Studienerfolg und die Abbrecherquote. Mit einer Erfolgsquote von 71,3 Prozent liegt Brandenburg nur auf Platz 10 der Bundesskala. Es muss also in eine bessere Betreuung der Studierenden investiert werden. Aus unserer Sicht muss der Hochschuletat in den kommenden fünf Jahren wieder die Zielmarke von 300 Mio. Euro pro Jahr erreichen. Ein höherer Etat ist auch notwendig, um zukünftig neue Zielgruppen, beispielsweise Berufserfahrene ohne Abitur, zu erreichen und adäquat betreuen zu können.

Duales Studium ausbauen

Das duale Studium verbindet wissenschaftliche Qualifikation mit frühzeitiger Praxiserfahrung. Deshalb steigt die Zahl der dualen Studienplätze bundesweit massiv an, außer in Brandenburg. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die UVB setzt sich dafür ein, dass diese attraktive Form des

Studiums in Brandenburg durch innovative Modelle auch in der Fläche angeboten werden kann.

Verbleibsquote der Absolventen erhöhen und Career Service entwickeln

Die Verbleibsquote der Absolventen in Brandenburg ist zu gering. Nur durch einen frühzeitigen Kontakt zwischen Studierenden und potenziellen Arbeitgebern werden die Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten in den brandenburgischen Unternehmen deutlich. Die Hochschulen müssen mehr in den Career Service – die Schnittstelle zwischen Hochschule und Arbeitswelt – investieren. Die UVB hat sich bereits an der Kofinanzierung des Career Service an den Fachhochschulen in Brandenburg beteiligt.

Profil der Hochschulen schärfen

Der bisher ausgebliebene Erfolg in der Exzellenzinitiative und im Spitzencluster-Wettbewerb des Bundes zwingt zur verstärkten Profilbildung und damit zur intensiveren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen. Der Hochschulentwicklungsplan zeigt entsprechende Potenziale auf und muss im Hinblick auf grundlegende Veränderungen auch aktiv gemanagt werden. Die BTU Cottbus-Senftenberg muss ins Laufen kommen, um die Anziehungskraft der Lausitz-Region für Studierende, Lehrkräfte und Unternehmen deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus ist eine verstärkte Abstimmung mit den Hochschulplanungen in Berlin notwendig. Es bestehen eine Reihe wichtiger Schnittmengen, zum Beispiel im Bereich der Lehramtsausbildung zwischen der Humboldt-Universität, der Freien Universität und der Universität Potsdam. Die Brandenburger Hochschulentwicklungsplanung sieht eine sich ergänzende Spezialisierung der Hochschulen vor. Dies aber macht nur Sinn, wenn eine entsprechende Abstimmung auch mit den Hochschulen in Berlin erfolgt.

Betriebliche Personalpolitik

Den Sozialpartnerdialog fortsetzen

In der Arbeitswelt können die notwendigen Anpassungen an die mit dem Demografischen Wandel verbundenen Veränderungen nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Ar-

Sozialpartnerdialog

beitgebern und Arbeitnehmern gelingen. Der in der laufenden Legislaturperiode begonnene Sozialpartnerdialog von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften unter Moderation des MASF bietet hierfür den geeigneten Rahmen. Der Sozialpartnerdialog sollte deshalb unter Beibehaltung seiner Handlungsfelder Aus- und Weiterbildung, Altersgerechte Arbeitswelt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Betriebliches Gesundheitsmanagement fortgesetzt werden.

Ziel des Sozialpartnerdialogs muss es bleiben, aufzuzeigen, welchen Beitrag eine demografiefeste Gestaltung der Arbeitsbedingungen leisten kann, um das Erwerbspotenzial von Personengruppen, die am Arbeitsmarkt bislang unterrepräsentiert sind, zu heben. Neben diesen quantitativen Aspekten der Fachkräftesicherung muss der Sozialpartnerdialog deutlich machen, dass die Gestaltung von Arbeitsbedingungen auch eine wichtige Stellschraube für den

künftigen und in Brandenburg dringend erforderlichen Produktivitätsfortschritt ist.

Gelingensvoraussetzung für die gemeinsamen Anstrengungen der Sozialpartner ist, dass Betriebe und Beschäftigte auf eine funktionierende Infrastruktur zurückgreifen können, die das lebenslange Lernen, das gesunde Altern und die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit mit Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben unterstützt.

Gute Beispiele hierfür sind die Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit sowie das von den Sozialpartnern und der AOK Nordost getragene Netzwerk KMU – Gesundheitskompetenz für Unternehmen in Brandenburg. Die ESF-Förderperiode 2014–2020 bietet die Möglichkeit, diese Strukturen gemeinsam mit den Sozialpartnern weiter zu entwickeln und zu verstetigen.

KENNZIFFERN FÜR BILDUNG		Ziele	Forderungen der UVB	
	2009	2013	2019/2020	
Studierende ¹³	49.633	52.031	52.000	Die brandenburgischen Hochschulen haben ihre Kapazitätsgrenzen erreicht, - zukünftig muss eine verbesserte Ausstattung im Mittelpunkt stehen
Öffentliche Ausgaben für Hochschulen (in Mio. €) ¹⁴	239	286	300	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen erhöhen durch - mehr Investitionen in die Betreuung der Studierenden - Erschließung zusätzlicher neuer Zielgruppen für ein Studium (zum Beispiel Berufserfahrene ohne Abitur)
Öffentliche Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen (in Mrd. €) ¹⁵	1,32	1,50	>1,50	Brandenburg muss sich zum Land der Talente entwickeln durch - Stärkung der MINT-Fächer in den Schulen - hochqualifiziertes Lehrpersonal - individuelle Berufsorientierung während der Schulzeit
Schulabgänger ohne Abschluss ¹⁶	11,9 %	8,4% (2012)	5 %	Anteil der Schulabgänger ohne allgemeinbildenden Schulabschluss reduzieren durch - Einzelförderung der Schüler, damit sie den bestmöglichen Schulabschluss erlangen können
Vertragsauflösungsquote im ersten Lehrjahr ¹⁷	27,4 %	29,2% (2012)	24,4%	Vertragsauflösungsquote bei Lehrberufen senken durch - verbesserte Berufsorientierung

Arbeitsmarkt

Beschäftigung steigern

Die bisherigen Erfolge am brandenburgischen Arbeitsmarkt sind unübersehbar. Von 2009 bis 2013 ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um rund 33.000 auf 132.300 Personen zurückgegangen. Analog ist im gleichen Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 32.000 auf 770.400 angestiegen. Ziel bis 2019 sollte es sein, diese Zahl um weitere 30.000 zu erhöhen.

Qualifizierung und Beschäftigung müssen Vorfahrt haben

Vom Zuwachs der Beschäftigung profitierten auch die Langzeitarbeitslosen. Ihre Zahl sank um rund 15.600. Auch die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren sank zwischen Ende 2009 und Ende 2014 von 10,5 Prozent auf 8,5 Prozent. Dieser Trend muss in den kommenden fünf Jahren weiter fortgesetzt werden. Ziel muss es sein, die Jugendarbeitslosigkeit weiter zu reduzieren und die Arbeitslosenquote weiter abzusenken.

Insgesamt waren die Erfolge der letzten Jahre möglich, weil in der Arbeitsmarktpolitik die Vermittlung in reguläre Beschäftigung Vorfahrt hatte vor öffentlich geförderter Beschäftigung. Diese erfolgreiche Orientierung der Arbeitsmarktpolitik muss fortgesetzt und ausgebaut werden.

Nach wie vor haben Arbeitslose ohne berufliche Qualifikation die schlechtesten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Trotz der insgesamt guten Entwicklung des brandenburgischen Arbeitsmarkts ist ihre Zahl von Anfang 2009 bis Ende 2013 um 1.600 (3,3 Prozent) auf 51.300 gestiegen.

Nicht zielführend sind Überlegungen, Langzeitarbeitslosigkeit durch Integration in langfristige öffentliche Beschäftigung zu bekämpfen und dafür eigene Landes- und kommunale Gelder einzuplanen. Die Bundesregierung will 2015 mit einem Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose ohne Qualifikation deren Vermittlung in reguläre Beschäftigung mit begleitender Qualifizierung fördern. Dieses Vorhaben sollte nicht mit öffentlich geförderter Beschäftigung konkurrenzieren. Besser flankieren würden zum Beispiel Integrationsbegleiter, die in Brandenburg die Integration von Arbeitslosen in Beschäftigung nachhaltig begleiten.

Die Weiterbildungsförderung des Landes für Betriebe und Beschäftigte mit der Sozialpartnerrichtlinie und dem Bildungsscheck sollten fortgesetzt werden. Eine zusätzliche Qualifizierung von Arbeitslosen ohne Berufsabschluss, die in Beschäftigung vermittelt wurden, kann dabei einen wichtigen Beitrag zum weiteren Abbau der Zahl der unqualifizierten Arbeitslosen leisten.

Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte ausbauen

Aufgrund der demografischen Entwicklung aber auch mit Blick auf die weiter fortschreitende Globalisierung ist die Gewinnung ausländischer Fachkräfte von zunehmender Bedeutung für die Fachkräftesicherung in den märkischen Unternehmen. Bisher ist der Anteil der Ausländer, die in Brandenburg sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, mit 2 Prozent noch sehr gering. Davon stammt zudem mehr als ein Drittel aus dem unmittelbaren Nachbarland Polen. Die Zahl der Beschäftigten mit polnischer Staatsangehörigkeit beträgt 6.600 Personen. Dies zeigt einerseits die gute Nachbarschaft zwischen Brandenburg und Polen, von denen Unternehmen bei der Deckung des Arbeitskräftebedarfs profitieren. Andererseits könnten es noch viel mehr sein. Zudem müssen die Potenziale talentierter ausländischer Fachkräfte auch aus anderen Ländern künftig noch stärker in das Blickfeld der Aktivitäten der Landesregierung zur Fachkräftesicherung rücken. Beispielsweise haben weniger als 0,2 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine Staatsangehörigkeit aus den Ländern Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien.

Die bundesweite Initiative „IQ Netzwerk“ (Integration durch Qualifizierung), die in jedem Bundesland die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und die

Integration von Ausländern in Beschäftigung fördert, setzt in Brandenburg bisher nur auf die Integration bereits hier lebender Ausländer oder Deutscher mit Migrationshintergrund.

Brandenburg braucht eine entwickelte Willkommenskultur. Die Anwerbung, Einstellung und Beschäftigung von Ausländern muss noch stärker als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfunden und behandelt werden. Dafür ist eine größere Offenheit bei den Brandenburgern für Menschen aus anderen Ländern erforderlich. Dafür müssen sich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam noch intensiver einsetzen. Die Landesregierung kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie zum Beispiel lokale und branchenbezogene Partnerschaften zwischen brandenburgischen Institutionen und Betrieben zu entsprechenden Partnern im Ausland begleitet und unterstützt.

Gesetzlicher Mindestlohn verbaut Arbeitsmarkt-zugang und gefährdet Arbeitsplätze

Bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter bleibt deren Qualifikation ein entscheidender Faktor. Zur Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen ist deshalb die passgenaue Qualifizierung der entscheidende Schlüssel. Keinen Beitrag zur Verbesserung der Chancen von geringqualifizierten Arbeitslosen auf einen Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt leisten Vorhaben, bundesweit einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von

zunächst 8,50 Euro einzuführen. Mit Einführung des Mindestlohns wird für diesen Personenkreis eine weitere Eintrittshürde in den ersten Arbeitsmarkt errichtet.

Ein undifferenzierter vom Gesetzgeber festgelegter Mindestlohn blendet aus, dass Löhne zunächst einmal erwirtschaftet werden müssen. Arbeitsverhältnisse, bei denen 8,50 Euro brutto pro Stunde nicht erwirtschaftet werden können, wird es folglich dann nicht mehr geben. Deshalb gehört die Lohnfindung weiterhin in die Hände der Tarifparteien. Nur die Tarifparteien verfügen über die notwendigen Kenntnisse von Branche und Region, die erforderlich sind, um sachgerechte Löhne festzulegen. In Berlin und Brandenburg sehen mehr als 50 Tarifverträge Einstiegsgehälter von unter 8,50 Euro vor.

Ein gesetzlicher Mindestlohn, der für alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren gilt, setzt zudem einen Fehlanreiz für junge Menschen bei der Wahl zwischen einer Berufsausbildung und der Aufnahme einer unqualifizierten Beschäftigung. Die Entlohnung einer derartigen Beschäftigung mit über 1.400 Euro pro Monat würde in etwa das Doppelte einer Ausbildungsvergütung betragen. Da junge Menschen in Brandenburg bei Aufnahme einer Berufsausbildung durchschnittlich fast 21 Jahre alt sind, muss das Mindestalter, ab dem der gesetzliche Mindestlohn greift, deutlich erhöht werden. Unter Berücksichtigung einer dreijährigen Ausbildungsdauer darf dieses Mindestalter nicht unter 25 Jahren liegen.

KENNZIFFERN FÜR BILDUNG	Ziele		Forderungen der UVB	
	2009	2013		2019/2020
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁹	742.700	770.400	800.000	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter steigern durch - Fachkräftesicherung durch bessere Nachwuchsgewinnung - verstärkte Qualifikation Arbeitsloser - Gewinnung ausländischer Fachkräfte - Erhöhung der Demografiefestigkeit der Betriebe
Arbeitslosenquote ²⁰	12,3 %	9,9 %	7,5 %	Arbeitslosenquote weiter senken durch - Vermittlung in Beschäftigung - Qualifizierung
Arbeitslosenquote Jugendliche (unter 25 Jahren) ²¹	12,7%	8,6%	<8%	Jugendarbeitslosigkeit weiter senken durch - Vermittlung in Ausbildung/Beschäftigung - Qualifizierung - Einrichtung von Jugendberufsagenturen - gemeinsamen Ausbildungsstellenmarkt mit Berlin

Gesundheitsversorgung



Das Städtische Klinikum Brandenburg in Brandenburg an der Havel

Gesundheitsversorgung zukunftsfähig ausrichten

Die Auswirkungen des Demografischen Wandels und schrumpfende öffentliche Haushalte werden die Sozial- und Gesundheitspolitik in Brandenburg in der kommenden Legislaturperiode vor besondere Herausforderungen stellen. Die Versorgung einer alternden und in einigen Regionen abnehmenden Bevölkerung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen muss in finanzierbarer Form sichergestellt werden. In der Arbeitswelt gilt es, die Akteure dabei zu unterstützen, Betriebe und Arbeitsplätze demografiefest zu machen und sich auf rückläufige Beschäftigtenzahlen vorzubereiten.

Verantwortung für die Krankenhausplanung wahrnehmen

Die kommende Legislaturperiode ist für die Zukunft der Gesundheitsversorgung in Brandenburg von entscheidender Bedeutung. Eine Schlüsselrolle nimmt dabei die Krankenhauspolitik ein. Die aktuell 53 Krankenhäuser an 62 Standorten werden vor dem Hintergrund abnehmender Fallzahlen

und sinkender Investitionsförderung in der bisherigen Form nicht überlebensfähig sein. Eine neue Landesregierung muss dies anerkennen. Notwendig ist deshalb eine Fokussierung auf weniger, aber dafür qualitativ und wirtschaftlich leistungsstarke Krankenhausstandorte bei gleichzeitiger Umwandlung von nicht mehr zu haltenden Häusern in Versorgungshybride, ambulante Einrichtungen der Grundversorgung oder pflegerische Angebote.

Gesundheitsversorgung

Diese Ziele muss das Land Brandenburg in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vertreten, die laut Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene eine Krankenhausreform erarbeiten soll. In gleicher Weise muss eine fokussiertere Krankenhausplanung das Leitbild für die Vorbereitung einer gemeinsamen Krankenhausplanung von Brandenburg und Berlin sein. Eine Angleichung der Planungszeiträume ab 2018 ist zwischen beiden Ländern bereits verabredet. In der kommenden Legislaturperiode muss der Boden dafür bereitet werden, dass beide Länder die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg zu einer einheitlichen Planungsregion entwickeln.

Ambulante Strukturen und Telemedizin stärken

Die notwendige Fokussierung der Krankenhausplanung muss flankiert werden durch eine Stärkung von ambulanter Versorgung und telemedizinischen Lösungen. Dies betrifft neben der Förderung von Arztpraxen insbesondere die Investitionsförderung bei der baulichen Umwandlung nicht haltbarer Krankenhausstandorte zum Beispiel zu medizinischen Versorgungszentren. Gegenüber dem Bund muss sich das Land dafür einsetzen, einen Strukturfonds für derartige Fälle einzurichten. Sicherstellungszuschläge des Bundes, durch die kleinere Krankenhäuser künstlich am Leben erhalten werden, sind demgegenüber der falsche Weg.

In der Telemedizin muss die Anzahl der nachhaltigen und flächendeckenden Projekte erhöht werden. Auch hier bietet die Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin große Entwicklungschancen. Der Masterplan Gesundheit kann dabei als Netzwerk und Plattform genutzt werden. Beide Länder müssen erfolversprechende Projekte im Zuge der Innovations- und Wirtschaftsförderung des Landes gezielt unterstützen.

Pflegerische Versorgung aufrechterhalten

Die Pflege wird derjenige Versorgungsbereich sein, in dem die demografischen Veränderungen in Brandenburg am schnellsten und am intensivsten zu spüren sein werden. Handlungsfelder für die künftige Landesregierung werden dabei die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen sowie die Unterstützung der Fachkräftesicherung in der Pflege sein müssen.

Hinsichtlich der Versorgungsstrukturen wird der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gerade im ländlichen Raum weiter an Bedeutung gewinnen. Leitlinien für die zukünftige Ausgestaltung der Versorgungsstrukturen sollten die Verbindung professioneller und nichtprofessioneller Angebote, die Schaffung alternativer Wohnformen und eine enge Abstimmung und Koordinierung aller Beteiligten sein. Eine erweiterte Technologieunterstützung kann hier einen Beitrag leisten.

Hinsichtlich der Fachkräftesicherung in der Pflege bietet die brandenburgische Fachkräftestudie Pflege viele richtige Ansätze. Insbesondere die Erhöhung der Vollzeitquote birgt erhebliches Potenzial. Über die in der Fachkräftestudie gemachten Vorschläge hinaus sollten flankierend die Gewinnung ausländischer Pflegefachkräfte für eine Tätigkeit in Brandenburg und Erleichterungen in der Pflegedokumentation unterstützt werden.

Mitglieder der UVB

Allgemeiner Verband der Wirtschaft für Berlin-Brandenburg | Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Kunststoff Verarbeitenden Industrie Berlin-Brandenburg | Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister | Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie | Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie | Arbeitgeberverband der ostdeutschen Papierindustrie AGOP | Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland | Arbeitgeberverband Energie- und Versorgungswirtschaftlicher Unternehmen | Arbeitgeberverband Nordostchemie | Bäcker- und Konditoren-Landesverband Berlin und Brandenburg | Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg | BDSW Bundesverband der Sicherheitswirtschaft Wirtschafts- und Arbeitgeberverband | Buchbinder-Innung Berlin-Brandenburg | Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie | Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie Landesverband Nordost | Bundesverband Deutsche Startups | Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie Landesverband Nordost | Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein | Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin | Drucker-Innung Berlin-Brandenburg | Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg | Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin und Brandenburg | Fachverband Sanitär Heizung Klempner Klima Land Brandenburg | Fuhrgewerbe-Innung Berlin Brandenburg | Gebäudereiniger-Innung Berlin | Gesamtverband Deutscher Holzhandel | Handelsverband Berlin-Brandenburg | Hotel- und

Unternehmensverbände
Berlin-Brandenburg



Gaststättenverband Berlin | Innung Sanitär Heizung Klempner Klima Berlin | Landesbauernverband Brandenburg | Landesinnung des Dachdeckerhandwerks Berlin | Landesinnungsverband der Elektrotechnischen Handwerke Berlin/Brandenburg | Landesinnungsverband Metall Berlin-Brandenburg | Landesverband des Groß- und Außenhandels für Berlin und Brandenburg | Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin-Brandenburg | Maler- und Lackiererinnung Berlin | Tischler-Innung Berlin | UVMB Unternehmerversband Mineralische Baustoffe | VBP Nordost Verband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Unternehmen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern | VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau – Landesverband Ost | Verband der Chemischen Industrie Landesverband Nordost | Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie Bezirksgruppe Nordost | Verband der Metall- und Elektroindustrie Berlin-Brandenburg | Verband der Nord-Ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie | Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Berlin und Brandenburg | Verband Druck und Medien NordOst | Verband Holz und Kunststoff Nord-Ost | Verband privater Kliniken und Pflegeeinrichtungen Berlin-Brandenburg | Verband Technischer Betriebe für Film und Fernsehen | Verband Verkehr und Logistik Berlin und Brandenburg | VGT-Gesamtverband Gebäudetechnik | VZBO Verband der Zeitungsverlage in Berlin und Ostdeutschland | Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie Berlin-Brandenburg | ZVEI Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie – Landesstelle Berlin

Quellenangaben | Impressum

Quellenangaben Tabellen

- 1 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (www.vgrdl.de)
- 2 Vorläufige Ergebnisse Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnungsstand: August 2013/Februar 2014
- 3 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ergebnis der monatlichen Berichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Land Brandenburg nach Wirtschaftsabteilungen
- 4 Land Brandenburg, Finanzplan 2009–2013, Finanzplan 2012–2016, Nachtragshaushalt 2013–2014
- 5 Breitbandatlas 2009, MAZ „100 Millionen Euro für Breitband“, 3.3.2013
- 6 Landesbetrieb für Straßenwesen Brandenburg
- 7 * Land Brandenburg, Finanzplan 2009–2013; **Land Brandenburg, Haushaltsplan 2013/2014
- 8 Land Brandenburg, Nachtragshaushalt 2013–2014
- 9 *** Berechnung UVB - lineare Fortführung der Finanzplanung 2012–2016 des Landes Brandenburg
- 10 Land Brandenburg, Nachtragshaushalt 2013–2014
- 11 Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) Brandenburg (Tabellenwert: Durchschnittswerte der Gesamtförderung verteilt auf 7 Jahre)
- 12 Land Brandenburg, Finanzplan 2009–2013, Finanzplan 2012–2016, Nachtragshaushalt 2013–2014
- 13 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Studierende an Hochschulen in Brandenburg
- 14, 15 DESTATIS, Bildungsfinanzbericht 2013
- 16 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg (ISQ), Bildung in Berlin und Brandenburg 2010, 2013
- 17 Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, Stand April 2014
- 18 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg, 2011 bis 2030
- 19–21 Bundesagentur für Arbeit

Bildquellen

Titel ucc, S. 3 Siemens AG; UVB, Annette Koroll; S. 7 Daimler AG, Mercedes-Benz Werk Ludwigsfelde; S. 9 gmp Architekten, JSK International, Björn Rolle, Flughafen Berlin Brandenburg, Flugzeug hamara - Fotolia.com, Montage ucc; S.11 Hartmut Rauhut, S.13 Dreaming Andy - Fotolia.com; S. 20 Städtische Klinikum Brandenburg GmbH

Impressum

Redaktionsschluss: 28. Mai 2014

Herausgeber:

UVB – Unternehmensverbände Berlin - Brandenburg
Am Schillertheater 2, 10625 Berlin

Tel.: (030) 310 05-0

Fax: (030) 310 05-166

Internet: www.uvb-online.de

E-Mail: uvb@uvb-online.de

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der Region. Ihm gehören rund 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Industrie, Handel und Dienstleistungsbranchen sowie des Handwerks in Berlin und Brandenburg an. Die UVB ist gleichzeitig Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und nimmt die Aufgaben der Landesvertretung Berlin und Brandenburg des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wahr.



*Haus der Wirtschaft
– Sitz der UVB*

UVB

Hauptgeschäftsstelle

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Tel.: (030) 310 05-0
Fax: (030) 310 05-166
Internet: www.uvb-online.de
E-Mail: uvb@uvb-online.de

UVB

Bezirksgeschäftsstelle Cottbus

Inselstr. 24
03046 Cottbus
Ansprechpartner: RA Eberhard Tomsche
Tel.: (03 55) 780 29-0
Fax: (03 55) 780 29-12
E-Mail: eberhard.tomsche@uvb-online.de

UVB

Bezirksgeschäftsstelle Potsdam

Schlaatzweg 1
14473 Potsdam
Ansprechpartner: RA Elmar Stollenwerk
Tel.: (0331) 271 65-0
Fax: (0331) 271 65-12
E-Mail: elmar.stollenwerk@uvb-online.de

UVB

Bezirksgeschäftsstelle Frankfurt (Oder)

Potsdamer Str. 1-2
15234 Frankfurt/Oder
Ansprechpartner: RA Jens Nupnau
Tel.: (0335) 55 69 318
Fax: (0335) 55 69 335
E-Mail: jens.nupnau@uvb-online.de